

Beschluss

Die Folgen von Covid-19 solidarisch bewältigen und daraus lernen

Gremium: LDK B90/Grüne MV
Beschlussdatum: 22.08.2020
Tagesordnungspunkt: 10. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Präambel:

Die Infektionskrankheit Covid-19 beeinflusst unser aller Leben in einer bisher ungekannten Weise. Einschränkungen, um die Ausbreitung der Krankheit zu verhindern, sind unvermeidlich, doch sie führen zu wirtschaftlichen Schäden. Auch zeigt die Krankheit wie durch ein Brennglas auf, wo sich die sozialen Verwerfungen unserer Gesellschaft befinden, wo es Menschen sozial, ökonomisch und mental schlecht geht und wo verantwortungsvolle Politik handeln muss. Der Bundestag und der Landtag M-V haben reagiert und zahlreiche Hilfsangebote und Initiativen zur Milderung der Folgen der Covid-19-Pandemie gestartet. Dies begrüßen wir. Trotzdem sehen wir Verbesserungsbedarf. Die Bundesregierung hat es wie in vielen anderen Bereichen versäumt, Vorsorge zu betreiben und eine Strategie für den Krisenfall zu entwickeln. Eine Studie des RKI von 2013 wurde z.B. ignoriert. Covid-19 stellt uns vor Herausforderungen, die wir nur als solidarisch agierende Gesellschaft unter weiterer Bearbeitung der Zukunftsthemen bewältigen können. In den letzten Wochen haben jedoch auch zahlreiche Menschen öffentlich ihre Meinung bekundet, die in den aktuellen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung eine nicht hinnehmbare Bevormundung durch den Staat sehen. Diese Meinungsäußerungen reichen bis zur offenen Ablehnung unserer demokratischen Staatsform unter Verwendung verfassungsfeindlicher, rechtsextremer Symbolik.

Die LDK von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern am 22.08.2020 in Güstrow beschließt vor diesem Hintergrund folgende Erklärung:

1. Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für ein solidarisches Miteinander in den Zeiten der Krise. Die bisherigen Erfahrungen mit der Krankheit zeigen, dass keine Personengruppe vor ernststen Verläufen von Covid-19 gefeit ist. Solidarisch zu handeln bedeutet für uns auf wissenschaftlicher Basis begründete Hygienemaßnahmen auch anzuwenden.

2. Solidarisch zu handeln heißt für uns ebenso, mit praktischen Hilfsmaßnahmen und politischen Aktivitäten dafür zu sorgen, dass niemand in schwieriger sozialer und ökonomischer Lage vergessen wird. Wir kümmern uns um unsere Nachbar*innen und treten für finanzielle Hilfsprogramme ein, die es wirtschaftlich gebeutelten Branchen, die es Künstler*innen, Veranstalter*innen, Einzelhändler*innen, Gastronom*innen, Selbständigen u.v.m. erlauben, die Verdienstauffälle zu kompensieren. Wir haben insbesondere die Bedürfnisse der Alleinerziehenden, Familien und all jener Menschen im Blick, die andere Menschen zu betreuen, zu pflegen und zu versorgen haben. Diese Menschen brauchen ganz dezidiert Entlastung, Unterstützung und Perspektiven.

39 3. Die Pandemie legt schonungslos offen, wie stark die Schere zwischen arm und
40 reich in unserem Land auseinanderklafft. Besonders deutlich wird dies im Bereich
41 der Bildung. Während Kinder und Jugendliche in ökonomisch besser gestellten
42 Situationen in Zeiten des Lockdown und des Homeschooling die heute geforderte
43 digitale Infrastruktur im heimischen Haushalt nutzen können, haben Kinder und
44 Jugendliche aus ökonomisch prekären Verhältnissen oft nicht einmal einen ruhigen
45 Arbeitsplatz. Expertinnen und Experten stellen fest: "Die Corona-Krise
46 verschärft die soziale Bildungskrise massiv. Die armen Kinder drohen den
47 Anschluss zu verlieren."¹ Deshalb treten wir für eine echte Kindergrundsicherung
48 ein.

49 4. Covid-19 macht ebenso deutlich, wie dringend notwendig ein gut mit Personal
50 sowie mit guten baulichen und hygienischen Bedingungen ausgestattetes
51 Bildungssystem ist. Kitas und Schulen brauchen eine bessere Ausstattung mit
52 pädagogischem Personal. Die bisherige Mangelverwaltung und der völlig
53 unzureichende Betreuungsschlüssel in den Kitas des Landes zeigen uns besonders
54 jetzt in der Krise die Grenzen der Leistungsfähigkeit. Auch sind ungenügende
55 sanitäre Anlagen keine gute Basis, die Ausbreitung von Covid-19 einzuschränken.
56 Lehrerinnen und Lehrer müssen verschiedene Formen der Kompetenzvermittlung
57 anwenden können. Dazu müssen sie inhaltlich und technisch besser ausgerüstet
58 werden. Es braucht dringender denn je eine funktionierende digitale
59 Infrastruktur an den Schulen, die eine gute Vermittlung von Lehrstoffen nicht
60 nur in Zeiten eines eventuell notwendigen weiteren Lockdowns ermöglicht. Mit
61 unseren politischen Initiativen treten wir vor Ort für eine schnelle und
62 effiziente Nutzung des Digitalpaktes Schule und des Sofortprogramms Digitales
63 Lernen ein.

64 5. Die Infektionskrankheit Covid-19 und ihre Folgen dürfen nicht als Begründung
65 dafür herhalten, die Erreichung wichtiger gesellschaftlicher Ziele zu den Akten
66 zu legen. Jenen Bestrebungen, die mit dem Argument der wirtschaftlichen Folgen
67 von Covid-19 den dringend notwendigen Klimaschutz von der politischen
68 Tagesordnung nehmen wollen, erteilen wir eine klare Absage. Die erhöhten
69 finanziellen Aufwendungen bei der Bewältigung der Pandemie dürfen nicht zu
70 Lasten von Energie-, Verkehrs- und Agrarwende gehen. Finanzielle Hilfsmaßnahmen
71 müssen viel stärker an nachhaltigen Kriterien ausgerichtet werden. Daher lehnen
72 wir finanzielle Hilfen für klimaschädliche Branchen ab. Mehr statt weniger
73 Klimaschutz ist unsere Handlungsmaxime.

74 6. Covid-19 zeigt, wie anfällig komplexe gesellschaftliche und natürliche Systeme
75 für Krisen sind. Angesichts derartiger Pandemien und der schon jetzt spürbaren
76 Auswirkungen des Klimawandels ist es für uns wichtig, Strukturen und Prozesse zu
77 entwickeln, die gegenüber Krisen und Katastrophen stabil und widerstandsfähig
78 sind (Resilienz). Nachhaltigkeit und das Vorsorgeprinzip als politische
79 Grundhaltungen sind hierfür Voraussetzung. Sie werden von uns konsequent
80 vertreten.

81 7. Covid-19 zeigt uns nachdrücklich, wie wichtig die Stärkung eines
82 umweltfreundlichen Verkehrsverbundes in unserem Bundesland ist. Die
83 Infrastruktur für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen und die Schnittstellen des
84 Radverkehrs mit dem ÖPNV sind stark verbesserungswürdig. Wir treten in den
85 Kommunen und Landkreisen vehement für ein verbessertes Radwegenetz, mehr
86 Serviceeinrichtungen (z.B. Mobilitätsstationen) für Radfahrer*innen ein. Der
87 ÖPNV muss ausgebaut werden. Gelder müssen konsequent zugunsten des ÖPNV sowie
88 des Fuß- und Radverkehrs umverteilt werden.

89 Die schon vor Covid-19 übervollen Busse der Schüler*innenbeförderung dürfen wir
90 nicht hinnehmen. Ein Schutz vor Verbreitung der Erkrankung ist unter diesen
91 Umständen nicht gegeben. Wir fordern von den Kommunen und der Landesregierung
92 den Einsatz von mehr Fahrzeugen.

93 8.Meinungsfreiheit ist für uns ein hohes Gut. Auch unter den Einschränkungen von
94 Covid-19 muss gewährleistet sein, dass Menschen unter Einhaltung der notwendigen
95 hygienischen Schutzmaßnahmen ihre Meinungen öffentlich äußern können. Wenn
96 jedoch verschwörungsideologische und rechtsextreme Akteure, Kampagnen und
97 Gruppierungen die Pandemie nutzen, die demokratische Verfasstheit unseres
98 Staates zu bekämpfen und in unsolidarischer Weise Schutzmaßnahmen gegen die
99 Krankheit zu missachten, treten wir dem entgegen.

100 9.Covid-19 macht nicht an Grenzen halt. Menschen in Regionen, die durch
101 Klimawandel, Krieg und andere Rahmenbedingungen ohnehin benachteiligt sind,
102 verdienen mehr denn je unsere umfassende Unterstützung. Dazu gehören direkte
103 finanzielle und soziale Hilfen sowie höchste Anstrengungen zur Befriedung von
104 Regionen. Menschen, die keine unmittelbare Perspektive in ihrer Heimat haben,
105 müssen wir Möglichkeiten geben, sich auch bei uns ein neues Leben aufzubauen.
106 Internationale Solidarität muss Vorrang vor nationalem Handeln haben.Deshalb
107 setzen wir uns für ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete ein.

108 10.Die Situation in den Flüchtlingsunterkünften in unserem Land verschärft sich
109 unter dem Eindruck von Covid-19 zusehends. Die Menschen dort können sich nicht
110 vor der Krankheit schützen. Asylsuchende werden in Massenunterkünften
111 untergebracht. 500 Menschen und mehr gelten als gemeinsamer Haushalt. Obwohl sie
112 zum Teil abgesenkte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
113 beziehen, sollen sie davon noch Mehrausgaben für Desinfektion und Hygiene
114 bestreiten. Das ist eine Ungleichbehandlung, die wir nicht akzeptieren. Wir
115 fordern zur Vermeidung von Massenunterkünften eine dezentrale Unterbringung von
116 Geflüchteten in Wohnungen und wohnungsähnlichen Formen, einen Zugang zur
117 Gesundheitsversorgung für alle Menschen unabhängig vom Aufenthaltsstatus und
118 eine Garantie der Rechte und des Schutzes von geflüchteten Kindern in
119 Aufnahmeeinrichtungen.

120 11.Staatliches und solidarisches Handeln erfordert eine ausreichende soziale
121 Infrastruktur. Diese Infrastruktur sollte weitgehend in kommunaler Hand sein.
122 Die Personal- und Sachausstattung von Krankenhäusern, Gesundheitsämtern sowie
123 Hilfsangeboten muss verbessert werden und in ganz M-V verfügbar sein. Neben der
124 Bekämpfung von Krankheitsfolgen muss zudem ein größerer Fokus auf die Prävention
125 gelegt werden. In diesem Sinne setzen wir uns für eine bessere Bezahlung von
126 Beschäftigten im Gesundheitswesen und im öffentlichen Gesundheitsdienst ein.

127 12.Wir BÜNDNISGRÜNEN setzen uns für die Nachbesserung der Covid-19-Soforthilfen
128 für Künstler*innen in M-V und die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsstipendien
129 ein, die in der Zeit der Covid-19-Beschränkungen helfen sollen, die daraus
130 resultierenden finanziellen Verluste von Einkommen aus der selbstständigen
131 Arbeit zu kompensieren und die künstlerische Arbeit fortzusetzen.

132 13.Covid-19 zeigt, dass es möglich ist, in unserer Gesellschaft flexibel auf
133 unterschiedliche Bedürfnisse der Lebensgestaltung zu reagieren. Diese
134 Erkenntnisse wollen wir nutzen, um weiter daran zu arbeiten, neue Modelle der
135 Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben, Arbeit und häusliche Pflege, Arbeit
136 und Betreuung von Kindern zu entwickeln und zu fördern.

¹³⁷ ¹ Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes;
¹³⁸ [https://www.sozial.de/neue-zahlen-zur-kinderarmut-corona-krise-verschlimmert-](https://www.sozial.de/neue-zahlen-zur-kinderarmut-corona-krise-verschlimmert-situation.html)
¹³⁹ [situation.html](https://www.sozial.de/neue-zahlen-zur-kinderarmut-corona-krise-verschlimmert-situation.html)

Unterstützer*innen

Arndt Müller (KV Schwerin, Antragsteller*in); Martin Neuhaus (KV Schwerin); Uwe Flachsmeyer (KV Rostock); Marie Heidenreich (KV Rostock); Christopher Dietrich (KV Rostock); Claudia Schulz (KV Rostock); Jutta Wegner (KV Mecklenburgische Seenplatte); Andreas Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Ulrike Seemann-Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Miro Zahra (KV NWM); Steffen Dobbert (KV NWM); Ronja Thiede (KV Rostock); Erem Bischoff (KV Mecklenburgische Seenplatte); Falk Jagszent (KV Mecklenburgische Seenplatte); Rainer Kirchhefer (KV Mecklenburgische Seenplatte); Uwe Friedriszik (KV Schwerin)